

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, und wir kommen zu den Abstimmungen. Zu dem Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/0376 empfiehlt der Fachausschuss mehrheitlich – gegen CDU und FDP – die Ablehnung. Wer dem Antrag dennoch zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? – Bei Gegenstimmen der Koalition und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Bei Enthaltung eines fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zum Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/0508 empfehlen die Ausschüsse mehrheitlich – gegen CDU und FDP – die Ablehnung. Wer dem Antrag dennoch zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind erneut die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? – Bei Gegenstimmen der Koalitionsfraktionen und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Bei Enthaltung eines AfD-Abgeordneten und eines fraktionslosen Abgeordneten ist der Antrag damit ebenfalls abgelehnt.

Die Tagesordnungspunkte 11 bis 17 stehen auf der Konsensliste.

Ich komme nun zu

lfd. Nr. 18:

Entwicklung innovativer Konzepte für einen leistungsfähigen und nachhaltigen Güterverkehr in Berlin

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz vom 1. März 2018
Drucksache [18/0900](#)

zum Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/0220](#)

Eine Beratung ist hierzu nicht vorgesehen. Zu dem Antrag Drucksache 18/0220 empfiehlt der Fachausschuss mehrheitlich – gegen die Oppositionsfraktionen – die Ablehnung. Wer dem Antrag dennoch zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion sowie ein fraktionsloser Abgeordneter. Gegenstimmen? – Bei Gegenstimmen der Koalitionsfraktionen ist der Antrag damit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 19 war Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter Nummer 3.2. Die Tagesordnungspunkte 20 und 21 stehen auf der Konsensliste.

Ich komme nun zu

lfd. Nr. 22:

Gesund und asbestfrei wohnen in Berlin

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen vom 7. März 2018
Drucksache [18/0906](#)

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [18/0722](#)

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Zu dem Antrag Drucksache 18/0722 empfiehlt der Fachausschuss einstimmig – bei Enthaltung CDU und AfD – die Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen sowie die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? Enthaltungen? – Bei Enthaltung der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion und eines fraktionslosen Abgeordneten ist der Antrag damit angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 23 bis 25 stehen auf der Konsensliste.

Ich komme nun zu

lfd. Nr. 26:

Berlin wird Blue Community

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz vom 1. März 2018 und dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 14. März 2018
Drucksache [18/0925](#)

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [18/0565](#)

Der Dringlichkeit hatten Sie bereits eingangs zugestimmt. In der Beratung beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und hier der Abgeordnete Kössler. – Bitte sehr!

Georg Kössler (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leute da oben! Ich finde, wir sollten in der Politik ohnehin öfter mal vom Ende her denken: Wie wollen wir die Stadt in der Zukunft haben – nicht in drei Jahren, in fünf, in zehn Jahren, sondern vielleicht in 50 Jahren, in 100 Jahren? Ich glaube, wir sind uns da relativ einig. Wir wollen die Stadt nachhaltiger haben. Wir wollen saubere Luft, sauberes Wasser, grünere Dächer. Wir können uns streiten, ob da mehr Fahrradwege sind oder mehr autonomes Fahren. Wenn wir uns eine Stadt der Zukunft vorstellen, sind bei mir immer Trinkwasserbrunnen ein integraler Bestandteil. Das gehört für mich dazu, das Recht auf Wasser, auf Zugang zu sauberem Wasser für die Leute, aber auch im Sinne der Anpassung an den Klimawandel, denn die Städte werden sich aufheizen – das wissen wir. Dazu brauchen wir Trinkwasserbrunnen. Ich freue mich deshalb außerordentlich,

(Georg Kössler)

dass wir heute, am Internationalen Tag des Wassers, beschließen werden, dass Berlin zur Blue Community wird.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Das Berliner Wasser hat eine wirklich gute Qualität. Das muss ich nicht nur sagen, weil die Wasserbetriebe da sind. Das ist so. Das wissen Sie auch selber. Und für die meisten Berlinerinnen und Berliner ist es ein Grundnahrungsmittel – zu Recht. Es hat eine hohe Qualität; die müssen wir natürlich auch verteidigen, sei es gegen das Sulfat aus Brandenburg aus den Tagebauen – da muss der Senat noch ein bisschen mehr machen –, sei es gegen Medikamentenrückstände – da müssen wir den Leuten sagen, sie sollen Medikamente nicht ins Klo werfen. Es gibt viele Herausforderungen, damit das Wasser so gut bleibt, wie es ist.

Ich finde, wir sollten den Leuten sagen: Das Wasser ist so gut! Trinkt dieses Berliner Wasser! Es ist nicht nur gesund, sondern ihr spart auch Plastik, wenn ihr auf Plastikflaschen verzichtet.

[Beifall von Stefanie Remlinger (GRÜNE)]

– die sehe ich hier teilweise versteckt; das finde ich gar nicht so gut. – Ihr spart aber auch CO₂, weil das Wasser nicht groß durch die Gegend gezogen wird.

Da muss Berlin als Vorbild rangehen. Das beschließen wir auch mit diesem Antrag, dass wir in der Zukunft in öffentlichen Gebäuden, Rathäusern, Schulen, in Parks mehr Trinkwasserbrunnen oder Wasserspender wollen, dass sich die Leute ihre Mehrwegflaschen auffüllen können. Da wollen wir Vorbild sein. Und wir haben auch schon in den Doppelhaushalt 1 Million Euro für mehr Trinkwasserbrunnen eingestellt. Sie sehen: Wir machen unsere Hausaufgaben, weil wir wollen, dass die Leute mehr Wasser trinken.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und der SPD]

Ich freue mich ganz besonders, dass dieser Antrag im Umweltausschuss so überparteilich, wirklich kollegial gut diskutiert wurde, dass die CDU auch zugestimmt hat. Wir haben, glaube ich, in den Antrag noch mal gute Änderungen, auch dank der Opposition, reingebracht. Wir wollen, dass die Trinkwasserbrunnen, die wir aufstellen, von denen wir noch viel mehr wollen, sichtbar sind, dass die Leute sehen: Aha, da kann ich meine Mehrwegflasche auffüllen. Da kriege ich im heißen Sommer Wasser. – Wir wollen, dass die Brunnen gleichmäßiger über die Stadt verteilt sind. Das freut mich ganz besonders. Uns wird ja oft vorgeworfen, wir machten Politik nur für die Innenbezirke, nur für die Außenbezirke, für den Wild West, für den Old East. Das ist ja Quatsch! Das wissen wir. Im Umweltausschuss haben wir uns in die Augen geguckt und waren uns bei dem Punkt alle einig: Wir

wollen die Trinkwasserbrunnen in ganz Berlin haben. Das finde ich besonders gut.

Ich fand es schade, dass sich die FDP – und das wird sie wahrscheinlich auch noch ausführen – nicht zu einer Zustimmung durchringen konnte, wegen eines Punktes: weil Wasser nach den Grundsätzen dieser Kampagne ein öffentliches Gut sein soll. Dazu sage ich nur ein Wort: Die Sache ist gegessen. Wir hatten einen Volksentscheid. Wasser ist in Berlin rekommunalisiert. Nehmen Sie sich noch mal die 20 Minuten, bis Sie dran sind, Herr Schmidt, und vielleicht können Sie sich doch noch dazu durchringen, diesem Antrag – denn die ganzen anderen Sachen teilen Sie ja – zuzustimmen, dass wir mit allen Parteien dazu kommen!

Zu guter Letzt noch ein Punkt: Wir setzen uns hiermit an die Spitze einer Bewegung. Ein paar Städte in Kanada sind schon Blue Communities. Die Schweiz holt rapide auf. Heute vor zwei Jahren ist Paris Blue Community geworden. Aber Berlin ist damit noch ganz am Anfang. Andere Städte werden auf Berlin gucken und sagen: Guckt, die deutsche Hauptstadt ist auch Blue Community! – Wenn ich das sage, dass wir an der Spitze der Bewegung sind, möchte ich auch sagen, dass die ganze Initiative aus der Bewegung kam. Es waren Initiativen von unten. Deshalb möchte ich mit einem Dankeschön an die Leute, die das angeregt haben, enden. – Es macht wirklich Sinn, auf die Politik mit guten Ideen zuzukommen. Bitte bleibt dran! Tretet uns weiter in den Hintern! Jetzt geht es in die Umsetzung. Prost!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Freymark das Wort!

Danny Freymark (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Liebe Kollegen! Ich kann mich dem Dank insofern nur anschließen, dass ich toll finde, dass wir das Thema Wasser noch mal in den Mittelpunkt der Debatte stellen – wir haben wunderbare Trinkwasseroptionen in Berlin selbst, das Berliner Leitungswasser hat eine sehr hohe Qualität und kann dementsprechend, wenn die Leitungen halbwegs akzeptabel sind, auch gut genossen werden –, dass wir in der Stadt mittlerweile eine Debatte darüber haben, wie wir die Aufenthaltsqualität stärken können, wie wir die Infrastruktur stärken können – da reden wir unter anderem über Trinkbrunnen.

Ich habe im letzten Jahr wahrgenommen, dass sich die Berliner Wasserbetriebe – ich begrüße auch Herrn Tiefensee, den ich schon gesehen habe: Herzlich willkommen! – schon Gedanken darüber machen. Aber die

(Danny Freymark)

Finanzierung dieser Trinkbrunnen war keine Selbstverständlichkeit. Vier Trinkbrunnen pro Jahr in einer Stadt mit 3,7 Millionen Einwohnern – das war bei allem Respekt sehr überschaubar. Deswegen war ich auch sehr dankbar – natürlich, die Kassen klingeln, da kann man auch ein bisschen was bewegen –, dass wir 100 Trinkbrunnen auf den Weg bringen wollen. Noch besser fand ich, dass wir gut und sehr kollegial in der Frage zusammengearbeitet haben, wie man einen solchen Antrag ausgestaltet. Das betrifft z. B. die Bewertung, wohin die Trinkbrunnen kommen. Natürlich kann man den 12. und 15. Trinkbrunnen in Friedrichshain-Kreuzberg installieren.

[Beifall von Kurt Wansner (CDU)]

Aber es macht natürlich auch Sinn, Außenbezirke mit Trinkbrunnen zu stärken und sie dementsprechend überall flächendeckend zu verteilen.

[Beifall bei der CDU, der SPD,
den GRÜNEN und der FDP]

Dieser Antrag kam von der CDU-Fraktion und wurde sofort aufgenommen, und ich finde, dass das, was jetzt vorliegt, zustimmungswürdig ist. Vielleicht gibt sich die FDP ja noch einen Ruck. Ich habe auch in der „Berliner Morgenpost“ einen sehr wohlwollenden Artikel dazu gesehen. Es wird wahrgenommen, dass man Parlamentarismus auch anders ausüben kann, als automatisch doof zu finden, was der andere vorschlägt. Gute Vorschläge können auch miteinander noch besser gemacht werden. Sie müssen nicht per se immer automatisch abgelehnt werden, weil sie der vermeintlich Falsche gestellt hat.

[Frank-Christian Hansel (AfD):
Völlig richtig!]

Das ist nicht der Parlamentarismus, der von uns erwartet wird. – Die AfD hört zum Glück gut zu und kann da auch noch ein bisschen etwas lernen.

[Frank-Christian Hansel (AfD):
Ich habe nur zugestimmt!]

Bei der anderen Debatte ist ein bisschen etwas schiefgegangen, aber das ist kein Problem, denn man hat ja noch dreieinhalb Jahre Zeit. Da kann man noch ein bisschen etwas besser machen.

Noch ein Satz zur Wasserqualität in Berlin im Allgemeinen. Wir haben natürlich noch nicht die Probleme gelöst, wenn es um die Starkregenereignisse geht. Die werden wir nicht berechenbarer machen können. In Waßmannsdorf bauen wir einen Speicher mit 50 000 Kubikmetern Fassungsvermögen, damit das Wasser in einem Rückhaltebecken aufgenommen werden kann. Aber wir wollen das große Ziel – Baden in der Spree, die Steigerung der Wasserqualität – nicht aus den Augen verlieren. Auch dafür ist dieser Antrag tauglich, nämlich die Sensibilität zu stärken. Das gelingt. Dafür möchte ich mich bei allen Kollegen bedanken, die das möglich machen wollen und auch möglich gemacht haben. Die CDU-Fraktion steht

voll dahinter und wird das Ansinnen unterstützen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU, der SPD, der LINKEN
und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Buchholz das Wort.

Daniel Buchholz (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Meine Damen! Meine Herren! Die Versorgung mit sauberem und frischem Trinkwasser ist für uns eine Selbstverständlichkeit, aber heute ist der Weltwassertag, und Sie können mir glauben, dass es nicht nur in Südafrika, wo die Leute gerade um jeden Liter Wasser einzeln anstehen müssen, keine Selbstverständlichkeit ist, dieses saubere Trinkwasser zu haben. Darum freue ich mich auch ganz besonders, dass wir es geschafft haben, heute am Weltwassertag den Koalitionsantrag „Berlin wird Blue Community“ verabschieden zu können, denn wir setzen damit sowohl für uns als Stadt als auch international ein Signal. Es ist keine Selbstverständlichkeit, sauberes und frisches Trinkwasser zur Verfügung zu haben, aber wir werden auch bei uns alles tun, um hier in Berlin, in der Region und darüber hinaus dafür zu sorgen, dass die Menschen dieses wichtige Grundnahrungsmittel auch tatsächlich erhalten. Darum diese wichtige Initiative: Berlin wird Blue Community.

[Beifall bei der SPD und
den GRÜNEN]

Wenn wir uns das anschauen: Wir haben mitunter ja fast zu viel Wasser, wenn wir an die Grundwasserhochstände in einigen Bereichen von Berlin denken. Wir sehen aber auch – und das haben einige, die schon länger Mitglied des Abgeordnetenhauses sind, erst gelernt –, dass es wichtig ist, dass Wasser ein öffentliches Gut ist. Ich finde es exzellent, dass sich dieser Parlamentsantrag damit nicht nur beschäftigt, sondern auch klar formuliert: Wir bekennen uns dazu, dass mit Wasser nicht spekuliert werden soll. – Es ist ein Grundnahrungsmittel. Es ist etwas, wo immer ein Monopol darunter liegt, denn es gibt nun mal nicht 100 Wasserleitungen, sondern es gibt genau eine Versorgungsleitung zu jedem Grundstück, und darum war es und ist es richtig zu sagen: Die Berliner Wasserbetriebe wurden wieder 100 Prozent kommunal, denn kein Privater soll sich daran dumm und dusselig verdienen, wenn wir einen Schluck Wasser trinken.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Es geht darum, mit diesem Antrag auch klarzumachen, dass wir es den Menschen vor Ort leichter machen wollen, sauberes und frisches Leitungswasser zu trinken – z. B. dadurch, dass wir nicht nur sagen: Wir brauchen

(Daniel Buchholz)

mehr Trinkwasserbrunnen und mehr Trinkwasserspender in der Stadt –, sondern dass wir als rot-rot-grüne Koalition uns auch im Landeshaushalt klar dazu bekannt haben und Geld dafür zur Verfügung stellen. Bisher haben wir rund 50 öffentliche Brunnen bzw. Wasserspender, und wir werden auf 150 kommen. Das sind 100 mehr. Im öffentlichen Raum der Stadt, überall dort, wo sich die Menschen bewegen, werden sie kostenlos frisches Wasser trinken können. Das wird ein großer Fortschritt sein. Wir haben dazu schon nachgefragt. Die ersten Brunnen werden im Mai 2018 errichtet, und dann geht es durch alle Bezirke. Auch das ist wichtig. Es ist schon angesprochen worden. Wir haben auch Initiativen aus den Oppositionsfractionen aufgenommen. Herr Freymark hat darauf hingewiesen. Damit zeigen wir, dass wir auch gemeinsam solche Anträge verabschieden können. Die Brunnen sollen gut und regelmäßig über alle Bezirke verteilt werden und nicht bloß in der Innenstadt sein, wo die meisten Gäste und vielleicht auch Touristinnen und Touristen umherlaufen und mal einen Schluck Wasser trinken wollen.

Ganz nebenbei: Wir haben hier ein ganz tolles Beispiel dafür, dass wir Initiativen aus der Stadtgesellschaft aufnehmen. Grundsätzlich gilt, dass Wasser ein öffentliches Gut ist. Ich darf an den Wassertisch und an unser großes Volksbegehren hier in Berlin erinnern, das es gab, um etwas voranzubringen. Zu verweisen ist auch auf Initiativen wie den Berliner Wasserrat oder die Initiative „a tip:tap“, die gesagt haben: Baut mehr Trinkwasserbrunnen, Sprudelbrunnen in Berlin! – Ja, wir werden das tun. Wir werden das ganz konkret umsetzen, und wir sehen, dass auch über die Stadtgesellschaft, über lokale Initiativen entsprechende Anstöße ins Parlament gebracht werden können, die wirklich etwas bringen und auch zu einer echten Umsetzung kommen. Das ist ein tolles Signal, dass dieses Parlament nicht nur ein kleines Raumschiff ist, sondern wir die Initiativen aus der Stadt aufnehmen. Vielleicht klappt es ja sogar – auch das ist in einer öffentlichen Runde vorgeschlagen worden –, dass alle öffentlichen Berliner Toiletten, die ja in Kürze erneuert werden, auch einen Wasserspender bekommen. Dann kann man nämlich nicht nur dem dringenden Bedürfnis nachkommen, Wasser loszuwerden, sondern kann auch frisches Wasser an der anderen Seite dieser Berliner Toilette zapfen. Das wäre doch was. Das ist auch ein kleiner geschlossener Kreislauf. – Vielen Dank für die Unterstützung von allen Seiten! Prost!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Beifall von Danny Freymark (CDU)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Scholtyssek das Wort.

Frank Scholtyssek (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Sehr geehrte Damen und Herren! „Berlin wird Blue Community!“ Als ich die Überschrift des Antrags gelesen habe, wusste ich erst gar nicht, was Sie damit sagen wollen. Ist es womöglich als Aufruf zu verstehen, den ganzen Tag möglichst blau – also alkoholisiert – zu sein, weil man sonst die links-rot-grüne Politik nicht mehr ertragen kann?

[Beifall und Heiterkeit bei der AfD]

Könnte gut sein. Oder wird hier in prophetischer Weise das nächste Berliner Wahlergebnis vorweggenommen – Berlin im schicken AfD-Blau.

[Beifall bei der AfD –
Ja! von der AfD]

Könnte auch sein. Immerhin hat es mich neugierig gemacht, und irgendwie war ich dann ein bisschen verwundert darüber, was ich gelesen habe, geht es in diesem Antrag doch im Wesentlichen darum, dass Berlin mehr Trinkwasserbrunnen bauen soll – ein Gedanke, der voll und ganz zu unterstützen ist, vorausgesetzt natürlich, dass diese Brunnen ordnungsgemäß gewartet und auch gereinigt werden, damit sie nicht zu Keimschleudern werden, weil sich niemand mehr um sie kümmert.

Dass dabei auch Brunnen von Anwohnern errichtet und finanziert werden sollen, fand ich dann schon ein wenig seltsam, gerade vor dem Hintergrund, dass Berlin eine Mieterstadt ist, Mieter öfter umziehen und somit die Frage im Raum steht: Wem gehört wie viel Brunnen, und werden diese Brunnenanteile künftig von Mieter zu Mieter weiterverkauft? – Das ist eine interessante Frage in einer Stadt, in der das Wohneigentum, ja das Eigentum an sich völlig verpönt ist. Es soll ja alles nur noch „geshart“ werden, wie es im Neusprech so schön heißt. Allen gehört alles oder keinem irgendwas. So soll ja die sozialistische Zukunft dieser Stadt werden, wenn es nach Ihren Vorstellungen geht.

[Beifall bei der AfD]

Aber kommen wir am heutigen Weltwassertag zurück zum Antrag der Linkskoalition. Es soll bei öffentlichen Veranstaltungen, in Behörden usw. nur noch Leitungswasser ausgedient werden, um so den Handel mit Wasser einzudämmen. Das Spekulantentum mit Wasser und mit Wasserrechten insbesondere im globalen Süden – also auf der südlichen Weltkugel – soll damit bekämpft werden.

[Heiterkeit bei der AfD]

Am Berliner Wesen soll wieder einmal die Welt genesen.

[Ah! von der SPD]

So haben Sie auch schon mit dem Mobilitätsgesetz von Berlin aus das Weltklima retten wollen. Jetzt wollen Sie dem gesamten südlichen Globus den Zugang zum Wasser ermöglichen, und zwar dadurch, dass Sie hier ein hübsches, neues Label anpappen, mit dem Sie Ihr Gewissen

(Frank Scholtysek)

beruhigen und sich wie auch schon in der Klimafrage selbst einreden, dass Sie die besseren Menschen sind.

[Beifall bei der AfD]

Wasser als öffentliches Gut, Wasserversorgung als Menschenrecht, der Schutz der Berliner Wasserqualität in Seen und Flüssen – all das unterschreiben wir gern.

[Frank-Christian Hansel (AfD):
Das ist ganz wichtig!]

Da Deutschland die Anerkennung des Zugangs zu sauberem Wasser als Menschenrecht schon sehr lange unterstützt und die Berliner Wasserbetriebe seit 2013 wieder vollkommen in kommunaler Hand sind, soll ja wohl vor allem der Grundsatz: „Leitungswasser statt Flaschenwasser!“ in Berlin verstärkt werden. Trinkbrunnen ja – die sind durchaus sinnvoll, aber mit dem pädagogisch erhobenen Zeigefinger immer wieder festzustellen, dass künftig bei öffentlichen Anlässen kein Flaschenwasser mehr angeboten werden soll, halten wir doch mal wieder für über das Ziel hinaus geschossen.

[Frank Zimmermann (SPD):
Sie sind einfach von gestern!]

Zudem sind wir der Meinung, dass es nicht notwendig ist, sich für eine Selbstverständlichkeit wie den Erhalt der Wasserqualität mit einem tollen, neuen blauen Label zu schmücken,

[Torsten Schneider (SPD): Das sagen Sie!]

um sich selbst wieder auf die Schulter klopfen zu können, wie toll Sie doch sind, während es an allen anderen Ecken und Enden mächtig im Getriebe knirscht, Stichwort: Schulsanierung, Stichwort: Bildungsmisere, Stichwort: Wohnungsmangel oder Stichwort: Zustand der Verkehrsinfrastruktur. Und Herr Kössler, es wäre doch toll, wenn wir zunächst einmal mit diesen Dingen an die Spitze der Städte in Deutschland, in der Welt kämen

[Beifall bei der AfD]

und uns keine Gedanken über eine Blue Community machen würden. – Vielen Dank!

[Beifall bei der AfD –
Torsten Schneider (SPD): Nein-Sager-Partei! –
Frank-Christian Hansel (AfD): Wir stimmen dem ja zu,
nicht aber dem Schulterklopfen!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die Linksfraktion hat die Kollegin Platta das Wort.

Marion Platta (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass heute Weltwassertag ist, hat sich nun schon herumgesprochen. Deshalb ist es passend, dass wir heute nach den zielorientierten Beratungen in den Ausschüssen auch mit Zusätzen aus der CDU-Fraktion zur Schlussdebatte unseres Koali-

tionsantrages kommen. Wir verpflichten uns heute zu guten Grundsätzen und werden so mindestens ein wichtiges Nachhaltigkeitsziel der globalen Gesellschaft für 2030 in Berlin mit wirksamen Maßnahmen angehen können.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –
Beifall von Daniel Buchholz (SPD)]

Es geht im Wesentlichen um das Nachhaltigkeitsziel Nr. 6, die Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle zu gewährleisten. Wenn wir sagen, für alle, steckt schon das darin, was wir als Linke ganz besonders schätzen, nämlich die Wahrnehmung der Verantwortung bei der öffentlichen Daseinsvorsorge.

In diesem Ziel stecken sozialpolitische Maßnahmen genauso wie wirtschaftliche und ökologische, die gerechte Verteilung des wichtigsten Lebensmittels durch ein dem Gemeinwohl verpflichtendes Unternehmen. Das ist in Berlin natürlich unser landeseigener Betrieb, die Berliner Wasserbetriebe. Wir stärken und ermöglichen in einer blauen Kommune die Nutzung von sauberem und kostenfreiem Leitungswasser im öffentlichen Raum und auch in öffentlichen Einrichtungen. Selbstverständlich können wir uns auch vorstellen, dass bei jeder Schulsanierung grundsätzlich schon mitgedacht wird, dass auch dort auf jedem Flur oder zumindest im Eingangsbereich Trinkwasser zur Verfügung gestellt wird, damit die Schüler nicht mehr weiter ihre Flaschen schleppen müssen, von zu Hause bis zur Schule und halb geleert wieder zurück.

Wir setzen Schwerpunkte zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung und der Landesverwaltung im Umgang mit Wasser in seinem gesamten Kreislauf. Die Kenntnisse um den Wasserfußabdruck von Produkten, von wo auch immer sie zu uns kommen, soll in Zukunft eine Selbstverständlichkeit sein. Für die Qualität des Trinkwassers in Berlin stehen die Berliner Wasserbetriebe gerade. Beim Brunnenprogramm und der Auswahl der Standorte sind auch die Berlinerinnen und Berliner zur Mitwirkung aufgerufen. Sicherlich waren die Erfolge, die die Wasserbetriebe in den letzten Jahren mit der Beteiligung bei der Auswahl von Standorten erzielt haben, auch ein Weg in die richtige Richtung.

Aufmerksamkeit brauchen wir aber auch für die Sauberkeit der Gewässer. Auch da gibt es viele Initiativen in der Stadt, nur oftmals fehlt dort noch die Unterstützung aus dem Land. Das Stichwort heißt hier Schäfersee. Aber das brauchen wir heute nicht weiter auszuwalzen, denn die Aufgabenvielfalt wird Berlin auf jeden Fall meistern können. Da bin ich mir sicher. Die gute Basis ist heute gelegt. Fachkenntnis und hohes Engagement in verschiedenen Initiativen der Stadtgesellschaft werden auch hier im Haus sehr geschätzt. Die Unterstützung aus der Landespolitik ist auf jeden Fall mit diesem Beschluss jetzt sicher. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Schmidt das Wort.

Henner Schmidt (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir Freien Demokraten finden die Einrichtung von Trinkwasserbrunnen natürlich klasse. Das ist auch ein sehr vernünftiger Teil des Antrags. Wir unterstützen diese konkrete Initiative – das möchte ich hier noch einmal ganz klar feststellen.

[Beifall bei der FDP]

Solche Trinkwasserbrunnen sind hilfreich für alle, die sich in der Stadt bewegen. Sie sind besonders für Touristen attraktiv, und sie führen auch dazu, dass weniger Abfall durch die Wasserflaschen anfällt. Bei der gleichmäßigen Verteilung auf die Bezirke hoffe ich, dass es zumindest dahin kommt, wo die Trinkwasserbrunnen auch gebraucht werden. Eine Idee hätte ich schon: Dort hinten wäre sicherlich ein Standort, bei dem auch einmal ein vernünftiger Trinkwasserbrunnen statt der jetzt herrschenden Verhältnisse angebracht wäre.

[Beifall bei der FDP –

Vereinzelter Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Unsere Ablehnung des Antrags begründet sich aber auf anderem, nämlich auf den Beitritt zur Initiative des Council of Canadians, auf die Charta, und auf die Prinzipien, die dort stehen und auf die man sich verpflichtet. Diese Forderung können wir als marktwirtschaftlich überzeugte Partei einfach so nicht teilen. Es ist übrigens ganz gut, dass wenigstens noch eine Partei in diesem Haus marktwirtschaftlich überzeugt ist

[Ronald Gläser (AfD): Ja, das sind wir!]

und dass wir das dann auch durchhalten.

[Beifall bei der FDP –

Daniel Buchholz (SPD): Wo steht das?]

Es steht zum Beispiel in diesen Prinzipien, dass man das Ziel hat, Flaschenwasser zu verbieten. Das finden wir übertrieben. Aber noch schwieriger ist, was dort steht

[Daniel Buchholz (SPD): Wo soll das stehen?]

– das steht nicht in dem Antrag, das steht beim Council of Canadians –, dass darauf abgezielt wird, dass Wasser- und Abwasserentsorgung nicht nur unbedingt im öffentlichem Eigentum stehen sollen, sondern dass auch jedweder private Betrieb und jede private Finanzierung abgelehnt werden. Wenn man das genau nimmt, dürften die Wasserbetriebe nicht einmal mehr einen Kredit am Markt aufnehmen.

Herr Buchholz und Herr Kössler haben schon deutlich gemacht, dass sie eben genau diese Debatte außerhalb der reinen Umweltaspekte über die ideologische Frage des Betriebs von Infrastruktur tatsächlich auch führen wollen. Übrigens, Herr Kössler, der Wasservolksentscheid war einer, der hieß: Offenlegung der Privatisierungsverträge. Die FDP hat ihn unterstützt. Sie haben irgendwie ein Problem bei der Interpretation von Volksentscheiden.

[Beifall und Heiterkeit bei der FDP]

Bei Tegel wollen Sie es sich nicht anhören. Beim Wasservolksentscheid tun Sie so, als wäre es um Rekommunalisierung gegangen. Das war nicht die Frage, die dort an das Volk gestellt wurde.

[Beifall bei der FDP]

Wir haben einfach eine große Anzahl von Beispielen im Wasserbetrieb, die zeigen, dass die Vergabe des Betriebs – nicht der Netze, aber des Betriebs von Wasser – an einen privaten Betreiber gute Ergebnisse, niedrige Kosten, gute Wasserqualität, liefern kann. Das ist in Deutschland auch das Regelmodell der meisten Kommunen. Übrigens die Probleme in Südafrika und Venezuela, die hier teilweise anführt wurden, sind Probleme mit öffentlicher Wasserversorgung. Dort scheint es also doch nicht alles so toll zu sein, wenn der Staat es macht.

Natürlich hat es auch absolut gar nichts mit der damaligen Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe zu tun. Dort hat man die Netze herausgegeben. Das war nicht rückholbar. Die CDU- und SPD-Senatoren, die das verhandelt haben, haben den Vertragspartnern in den Verträgen überhöhte Renditen zugestanden, überhöhte Monopolrenditen zugestanden. Das war ein falsches Modell. Das ist von CDU und SPD damals auch noch besonders schlecht verhandelt worden. Das ist aber kein Beispiel dafür, dass privater Betrieb nicht funktioniert. Das ist ein Beispiel, dass der damalige Senat unter den Senatoren Branoner und Frau Fugmann-Heesing versagt hat.

[Beifall bei der FDP –

Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Deshalb, die Kompetenz privater Betreiber einzubinden, ist ein Prinzip, das sich nachweislich bewährt hat. Es auszuschließen, ist rein ideologisch. Deshalb lassen Sie uns doch einfach einmal diese Trinkbrunnen bauen. Herr Schneider, mit einem Gläschen Wasser geht es Ihnen vielleicht auch besser.

[Heiterkeit von Paul Fresdorf (FDP)]

Lassen Sie uns die Trinkbrunnen bauen! Aber vergessen wir diesen Verstaatlichungsfimmel, den die rot-rot-grüne Koalition wieder exzessiv auslebt, denn der ist nicht sinnvoll. Durch die Tendenz ist es uns deshalb auch leider unmöglich,

[Torsten Schneider (SPD): Das Wort „leider“ habe ich schon oft gehört!]

(Henner Schmidt)

diesem Antrag dann zuzustimmen. – Vielen Dank!
[Beifall bei der FDP]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Dann hat das Wort für eine Zwischenbemerkung der Abgeordnete Kössler.

Georg Kössler (GRÜNE):

Herr Schmidt! Ich schätze immer Ihre Argumentation, die wirklich zu 90 Prozent sehr durchgängig, stringent und teilweise auch richtig ist. Bei dem Vergleich mit Venezuela gab es irgendwie den Abzweig in die falsche Richtung. Das verbiete ich mir als Berliner und die meisten von uns auch. Übrigens: auch in einem Land der freien Marktwirtschaft, in den USA, gibt es überall Trinkwasserbrunnen.

[Florian Kluckert (FDP): Da schmeckt das Wasser nach Chlor!]

Das führt mich zum zweiten Punkt, dass Sie gesagt haben, wir wollten ein Verbot der Plastikflaschen. Ich finde es interessant, dass Sie das herausgelesen haben. In der Tat haben wir das auch debattiert, so etwas einzuschränken, nämlich an öffentlichen Verkaufsstellen. Wir haben gesagt, dass wir es hier nicht machen. Darüber muss man reden. Erst einmal muss das Angebot geschaffen werden. Erst einmal brauchen wir die Brunnen, damit die Leute ihre Mehrwegflaschen auffüllen können.

[Ronald Gläser (AfD): Dann kommt das Verbot!]

Dann kann man sich überlegen, ob man bei öffentlichen Einrichtungen den Verkauf von Einwegwasserflaschen einschränken soll.

[Ronald Gläser (AfD): Großzügig!]

Wir haben es hier extra herausgelassen, weil wir wollten, dass Sie mitmachen. Sie machen hier nicht mit, weil Sie hier einen Popanz aufführen. Was soll das? Das ist eine wunderbare Kampagne, die an einer Stelle sagt, dass Wasser ein öffentliches Gut ist, was uns natürlich wichtig ist. Aber für Berlin und für die Berlinerinnen und Berliner spielt das hier keine Rolle, weil das Wasser bereits rekommunalisiert ist. Geben Sie sich einen Ruck! Zeigen Sie, dass in diesem Parlament die Argumente zählen,

[Georg Pazderski (AfD): Wie Sie das machen!]

dass wir als Parlament gemeinsam für das Berliner Wasser Initiative machen können. Führen Sie nicht so einen Popanz auf, stimmen Sie zu!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN –

Torsten Schneider (SPD): Popanzideologen!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Zur Erwiderung hat der Kollege Schmidt das Wort.

[Torsten Schneider (SPD): Jetzt noch mal die Wirtschaft!]

Henner Schmidt (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kössler! Auch ich schätze Ihre Argumentation immer sehr. Aber wenn es Ihnen wirklich nur ums Wasser ginge, dann hätten Sie diesen ganzen ideologischen Teil nicht reinpacken müssen.

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Was Sie auch noch gemacht haben, ist, dass Sie nämlich diesem Council of Canadians beitreten. Das mag ja sein, dass Sie jetzt in dem Antrag deren Forderungen abgeschwächt haben, aber sobald Sie in diesem Verein Mitglied sind, verpflichten Sie sich auf die Charta, in der diese Forderungen in sehr viel härterer und klarerer Weise drin sind. Deshalb muss ich Ihnen eigentlich vorwerfen, dass Sie Ihren Antrag so geschrieben haben, dass Sie versucht haben, uns das sozusagen unterzujubeln.

[Paul Fresdorf (FDP): Etikettenschwindel!]

Statt der Charta, auf die sich Berlin verpflichten soll, haben Sie abgeschwächt diese Forderungen wiederholt.

[Anja Kofbinger (GRÜNE): Dann haben Sie das einfach nicht verstanden! Das ist auch in Ordnung!]

Das ist nicht ganz offen und nicht ganz transparent. Das ist auch ein Vorgehen, das ich nicht gut finde.

[Beifall bei der FDP]

Deshalb: Wir tun alle etwas für das Wasser. Wir freuen uns über die Trinkwasserbrunnen, und das sollten wir jetzt auch genießen, dass es mehr davon gibt.

[Beifall bei der FDP]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zu dem Antrag auf Drucksache 18/0565 empfehlen die Ausschüsse mehrheitlich – gegen FDP bei Enthaltung AfD – die Annahme mit Änderungen. Wer dem Antrag mit den Änderungen der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz auf Drucksache 18/0925 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion. Gegenstimmen? –

[Torsten Schneider (SPD): Oh!]

Bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion. Enthaltungen? – Enthaltungen der AfD-Fraktion. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich komme zu